

General Groener und die deutsche Besatzungspolitik in der Ukraine 1918*

Der 50. Jahrestag des Bestehens der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft ist ein besonders geeigneter Anlaß, um den Blick auf die Ereignisse in der Ukraine vor einem halben Jahrhundert, im Jahre 1918, zu lenken.

1. Forschungsstand

Die Beschäftigung mit diesem bedeutungsvollen Zeitabschnitt der russischen und ukrainischen Geschichte ist in den letzten Jahren wieder sehr intensiv geworden, nachdem seit den zwanziger Jahren der einst vielberedete Friede von Brest-Litovsk vergessen zu sein schien. Dieses erneute Interesse hat bezeichnenderweise seinen Niederschlag vornehmlich in der außerdeutschen Geschichtsschreibung gefunden. Es seien hier nur die wichtigsten unter den jüngsten Ergebnissen der Forschung genannt. Der Exilukrainer Theophil Hornykiewicz hat mit seiner breitangelegten, bisher dreibändigen Edition¹ das Quellenmaterial eines der Hauptbeteiligten an der Besetzung der Ukraine 1918, nämlich Österreich-Ungarns, erschlossen: Die von ihm aus dem Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv geschöpften Akten werden das bisher gewonnene Bild der österreichisch-ungarischen Besatzungspolitik der Ukraine ergänzen und es in vieler Hinsicht differenzieren.

Aus der anläßlich des 50. Jahrestages der bolschewistischen Oktoberrevolution angeschwollenen Flut und Fülle neu veröffentlichter Quellen sowjetrussischer Provenienz ragt ein Werk besonders hervor: die von der Archivleitung beim Ministerrat der Ukrainischen SSR betreute umfangreiche Dokumentensammlung „Graždanskaja vojna na Ukraine“². Wenn auch diese Edition im Stil der üblichen sowjetrussischen Dokumentensammlungen gehalten ist, indem bereits früher veröffentlichtes neben dem eigentlichen Archivmaterial aufgenommen ist, wenn auch ferner dieser Quellensammlung, wie jedem derartigen Produkt der marxistischen Geschichtsschreibung, eine Tendenz innewohnt, derzufolge sie sich bisweilen der Zielsetzung von Farbbüchern bedenklich nähert, so kann die westliche Forschung an ihr doch nicht vorbeisehen. Das gleiche gilt für die Quellen, die jüngst vom Ost-Berliner Institut für Deutsche Militärgeschichte veröffentlicht wurden und die deutsche Besatzungspolitik in der Ukraine 1918 nun unmittelbar betreffen. Die Tendenz, die bereits aus dem Titel: „Militarismus gegen Sowjetmacht 1917

* Die folgenden Ausführungen waren als Vortrag für die Feier des 50. Jahrestages der Gründung der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft konzipiert, konnten aus hier nicht näher zu erläuterndem Anlaß jedoch nicht verlesen werden. Der Vortragsstil wurde im wesentlichen belassen.

¹ Ereignisse in der Ukraine 1914—1922, deren Bedeutung und historische Hintergründe. Bd. 1—3 (= Publikationen des W. K. Lypynsky Ost-Europäischen Forschungs-Instituts in Philadelphia... Serie I—IV) Philadelphia/Horn (Öst.) 1966/68.

² Graždanskaja vojna na Ukraine 1918—1920. Sbornik dokumentov i materialov v trech tomach, četyrech knigach [Der Bürgerkrieg in der Ukraine 1918—1920. Eine Sammlung von Dokumenten und Materialien in drei Bänden und vier Büchern] Kiev 1967.

bis 1919. Das Fiasko der ersten antisowjetischen Aggression des deutschen Militarismus³ hervorsieht, tritt in der Einleitung zu diesen Dokumenten besonders kraß hervor. Dort ist die Richtung, in der die Quellen interpretiert werden sollen, ganz bewußt von den Herausgebern vorherbestimmt. Das ist nach marxistischer Geschichtsauffassung und -methode auch durchaus so in Ordnung. Die Bearbeiter (sämtlich Offiziere der Reserve der Nationalen Volksarmee) betonen im Vorwort⁴, daß „der Schlüssel zur kritischen Wertung der Quellen“ nicht in den Quellen selbst, sondern in den dazu verabreichten Interpretationen liege.

Die von ihnen dargebotenen Quellenstücke bringen uns unserem eigenen Thema nahe: Es handelt sich, wie die Bearbeiter es formulieren, um Dokumente aus dem „bürgerlichen Staatsapparat“, d. h. im wesentlichen um Aktenstücke des Jahres 1918, die aus dem ehemaligen Sächsischen Heeresarchiv Dresden stammen und heute im Deutschen Militärarchiv Potsdam verwahrt werden.

Die folgenden Ausführungen gründen sich auf bisher im wesentlichen unbenutztes Quellenmaterial aus dem Nachlaß des Generals Wilhelm Groener⁵.

2. Die Lage in der Ukraine 1917/18

Vorweg erscheint es zweckmäßig, mit ganz knappen Strichen die allgemeine politische Situation in der Ukraine in den Jahren 1917/18 zu skizzieren. Eine genauere Analyse findet sich in dem abschließenden Werk John Reshetars⁶.

Unmittelbar nach der Februarrevolution 1917, die in der Ukraine betont nationale Züge annahm, hatte sich in Kiev ein ukrainischer Volkskongreß, die sog. Zentralrada, unter dem Historiker Professor Hruševs'kyj gebildet und der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung eine feste Organisation verliehen. Am 20. November 1917, nach der bolschewistischen Revolution, wurde die „Ukrainische Volksrepublik“ ausgerufen, am 22. Januar 1918 die vollständige Unabhängigkeit von Rußland proklamiert. Die ukrainische Regierung sah sich ungeheuren Aufgaben gegenüber: Der Staatsapparat war zerrüttet, die Verwaltung desorganisiert; die brennende Agrarfrage versuchte die Rada durch entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes zu lösen.

Während die bolschewistische Regierung an der Jahreswende in Brest-Litovsk mit Vertretern der Mittelmächte über einen Friedensvertrag unterhandelte, führte sie

³ Hrsg. von einem Autorenkollektiv des Instituts für Deutsche Militärgeschichte (= Schriften des Instituts für Deutsche Militärgeschichte) Berlin (Ost) 1967.

⁴ Ebenda S. 6.

⁵ Es wird vom Verfasser zusammen mit den Tagebüchern und Aufzeichnungen des Schriftstellers Alfons Paquet aus Moskau und des Admirals Albert Hopman aus Sevastopol, demnächst in der Reihe „Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ als Band 48 veröffentlicht. Vgl. vorerst den Vorabdruck (mit weiteren Dokumenten) unter dem Titel „Vor fünfzig Jahren — Oktober 1918. Eine Dokumentation“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ B 43/68 (26. Oktober 1968).

⁶ *John S. Reshetar: The Ukrainian Revolution, 1917—1920. A Study in Nationalism.* Princeton 1952. — Verzeichnis der neuesten Literatur zu dem im folgenden genannten Friedensvertrag von Brest-Litovsk, in: Brest-Litovsk. Ausgewählt und eingeleitet von Winfried Baumgart und Konrad Repgen (= Historische Texte / Neuzeit . . . 6) Göttingen (1969), S. 134—136. — *Fritz T. Epstein: Friede von Brest-Litovsk.* In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Bd. 2. Freiburg/Basel/Wien 1968, Spalte 746—747.

gleichzeitig Krieg mit der Ukraine, um sie in ihren Machtbereich einzubeziehen. Sie hatte damit leichtes Spiel, da es dem jungen ukrainischen Staat an organisierter militärischer Widerstandskraft fast völlig mangelte. In dieser Notlage wandten sich Vertreter der ukrainischen Regierung an die deutsche Delegation in Brest-Litovsk und boten separate Friedensverhandlungen an, die angesichts der schleppenden Verhandlungen mit den Bolschewisten und der bedenklichen Ernährungssituation in Deutschland und Österreich-Ungarn zu einem raschen Abschluß führten: am 9. Februar 1918 in Brest-Litovsk.

Einen Tag später wurden auf Veranlassung Trockijs die allgemeinen Verhandlungen mit den Bolschewisten abgebrochen und daraufhin am 18. Februar nach einer vorangegangenen entscheidungsvollen Beratung der höchsten militärischen und zivilen Instanzen in Bad Homburg die Feindseligkeiten mit Rußland wiederaufgenommen. Die ukrainische Delegation in Brest-Litovsk hatte Deutschland offiziell um militärisches Eingreifen in der Ukraine gegen die bolschewistischen Truppen ersucht. Das Wort Trockijs aus jenen Tagen, die ukrainische Regierung verfüge nur mehr über ihr Verhandlungszimmer in Brest-Litovsk, kennzeichnet die verzweifelte Lage der Zentralrada — sie war inzwischen vor bolschewistischen Truppen aus Kiev nach Žitomir ausgewichen — und gibt gleichzeitig einen wichtigen Fingerzeig, in welchem Lichte die nun geknüpften deutsch-ukrainischen Beziehungen zu betrachten sind.

3. Groener über die deutsche Machtstellung in der Ukraine

In jenen Tagen setzen die Tagebuchaufzeichnungen und Briefe Groeners aus der Ukraine ein. Groener war Ende Februar von der deutschen Obersten Heeresleitung zum Führer des I. Armeekorps, das innerhalb der Heeresgruppe Linsingen die Ukraine zu besetzen hätte, ernannt worden. Vom 28. März bis zu seiner Berufung zum Nachfolger Ludendorffs als Erster Generalquartiermeister am 26. Oktober 1918 war er Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Eichhorn/Kiev. An der Spitze der deutschen Besatzungstruppen stand zwar Generalfeldmarschall von Eichhorn, nach seiner Ermordung Generaloberst Graf Kirchbach, und in Kiev existierte auch eine deutsche diplomatische Vertretung unter Botschafter Frhr. Mumm von Schwarzenstein, doch das Tagebuch Groeners sowie zahlreiche andere Quellen lassen eindeutig den Schluß zu, daß Generalleutnant Groener der maßgebende Mann war, in dessen Hand die Fäden der deutschen Ukrainepolitik zusammenliefen.

Mit dieser Feststellung ist bereits ein wesentliches Kennzeichen der deutschen Ukrainepolitik wie überhaupt der deutsch-ukrainischen Beziehungen des Jahres 1918 angedeutet. Man sollte die deutsch-ukrainischen Beziehungen nicht unter völkerrechtlichem Aspekt als ein Nebeneinander zweier souveräner Staaten betrachten — wie das z. T. in der ukrainischen und exilukrainischen Forschung der Fall ist —, sondern in erster Linie die historischen Gegebenheiten sehen, so wie sie tatsächlich gewesen sind. Dann wird man zu dem Ergebnis kommen, daß die Ukraine 1918 der Sache — nicht der Form — nach kein unabhängiger souveräner

Staat war, sondern deutsches Besatzungsgebiet, deutsches Generalgouvernement mit Erscheinungsformen, die an vergleichbare Zustände des Zweiten Weltkrieges erinnern.

Groener hat diesen Tatbestand einmal in einem Brief Anfang Mai⁷ mit folgenden Worten umrissen:

„Vor dem Oberkommando hat die ganze Menschheit einen Mordsrespekt bekommen, und sie soll unsere Knute fühlen, wenn sie nicht Ruhe und Ordnung hält und nicht tut, was wir wollen. Dies ist das einzige Rezept, nach dem man hier regieren kann.“

In einer ähnlichen Situation, nämlich nach einem Ministerwechsel, schrieb er am 20. Oktober:

„Gestern hat das Ministerium demissioniert — wie die vox populi sagt: ‚General Groener will ein neues Ministerium‘.“

Auf die Problematik der Unabhängigkeit der Ukraine, die hier angedeutet ist, wird noch später in anderem Zusammenhang zurückzukommen sein. Verweilen wir zunächst noch einige Augenblicke bei den Quellenstellen, aus denen Aufschluß über Groeners Beurteilung der deutschen Machtposition und Besatzungspolitik in der Ukraine zu gewinnen ist.

Groener stand dem Brest-Litovsker Friedensvertrag, sowohl dem mit der Ukraine am 9. Februar 1918, wie dem mit dem bolschewistischen Rußland am 3. März 1918 geschlossenen, skeptisch gegenüber, war sich aber des hohen Grades der Zwangsläufigkeit, in der dieser Friede unterzeichnet worden war, durchaus bewußt⁸. In den Mitteilungen an seine Frau spricht er häufig von der „Brester Friedenskomödie“⁹, davon, „daß die ganze Ukraine-Angelegenheit von vornherein, d. h. vom Brester Frieden an, diesen einschließlic, am falschen Zipfel angepackt worden“ sei¹⁰. Wenn er auch Kühlmann und besonders General Hoffmann für die Halbheiten und Unfertigkeiten des Brester Vertrags verantwortlich macht, meint er doch¹¹, daß man es angesichts des „politisch und wirtschaftlich gänzlich törichten Bolschewismus“ kaum anders hätte machen können. Man könne eben mit Phantasten, Fanatikern und Dilettanten keine staatsmännische Politik treiben.

Für Groener war die Erkenntnis, daß die militärische Besetzung der Ukraine ebenso wie die nachfolgenden politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen im Lande von seiten der OHL und der politischen Reichsleitung improvisiert und ziellos betrieben wurden, bedrückend. Dieser quälende Gedanke läßt sich wie ein roter Faden durch Tagebuch und Briefe verfolgen. Noch bevor Groener seinen Posten in der Ukraine antrat, stellte er auf der Durchreise durch Kreuznach und Berlin, wo er sich bei Ludendorff und den Reichsbehörden über die deutschen Absichten in der Ukraine informieren wollte, resigniert fest¹², daß er von den

⁷ Brief an seine Frau, Kiev 6. Mai 1918.

⁸ Vgl. etwa Brief an seine Frau, Kiev 27. März 1918.

⁹ Brief an seine Frau, Kiev 9. Oktober 1918.

¹⁰ Brief an seine Frau, Kiev 27. April 1918.

¹¹ Vgl. Anm. 8.

¹² Tagebuch vom 1. März 1918.

zuständigen Instanzen kaum etwas habe erfahren können. Befriedigend konnte ihn nur Oldershausen über eisenbahntechnische Fragen in der Ukraine unterrichten. In Kiev angekommen, richtete er die eindringliche Frage an Ludendorff¹³, was Deutschland in der Ukraine eigentlich wolle:

„Ob nur Getreide erfassen oder Zukunftshandelspolitik treiben oder gar ein deutsch-österreichisch-ungarisches Bosnien-Herzegowina oder Schleswig-Holstein von 1864 aufrichten“.

Am prägnantesten kommt die Planlosigkeit der deutschen Ukrainepolitik — hier untermischt mit einem Element der Verzweiflung über die wirtschaftliche Notlage Deutschlands — in den Richtlinien des Kriegsministeriums für seinen Vertreter in der Ukraine zum Ausdruck: Außer der Getreideaufbringung sei es völlig „wurscht“, was in der Ukraine vorgehe und was aus ihr werde¹⁴. — Von hier spannt sich der Bogen bis zu der Aussage Groeners Ende Oktober¹⁵:

„Was man mit der Ukraine will, haben die Berliner auch noch nicht Laut gegeben. Nun, dann treiben wir's hier so gut, als es geht.“

Also Improvisation, nichts als Improvisation!

Mit dieser Feststellung stehen wir im Gegensatz zu den Thesen der marxistischen Geschichtsschreibung und auch zu den Thesen Fritz Fischers, der etwa behauptet, daß die Ukrainepolitik ein Glied in der Kette der seit langem feststehenden Kriegszielpolitik Deutschlands darstelle.

Allerdings — diese Einschränkung müssen wir vornehmen: In Groeners Aufzeichnungen wird immerhin andeutungsweise auch das Bestreben erkennbar, daß in der Ukraine nicht nur Tagespolitik getrieben werden sollte: Die Ukraine und noch mehr der Kaukasus konnten bei entsprechender militärischer Entscheidung im Westen als Sprungbrett für einen Flankenstoß gegen das britische Imperium, gegen Bagdad und Indien, und für die Ausweitung des deutschen Wirtschaftsraumes benutzt werden¹⁶. So erklärte Groener in einem Vortrag vor Unterrichtsoffizieren Ende August einmal:

„Die Durchführung des Krieges ist nicht nur eine Menschenfrage [...], sie ist auch eine Brennstofffrage, und wenn wir Baku und die dortigen Ölgebiete nicht erschließen für unseren Zweck, können wir eben nicht feuern. [...] Also, weshalb wir hier sind, ist ganz klar. Weil wir die Produkte gebrauchen zur Kriegführung. Wir brauchen die Produkte bis an das Kaspische Meer, und wenn es geht, auch noch die Produkte von Turkestan. Das ist eine ganz einfache Folge der Abschließung. Wir brauchen vor allen Dingen auch die Baumwolle aus Turkestan.“

Diesen Worten ist jedoch nicht das Bestreben nach Eroberungen um ihrer selbst willen zu entnehmen. Die gewiß weitgehenden Forderungen sind vielmehr in den

¹³ Brief an Ludendorff, Kiev 23. März 1918.

¹⁴ Tagebuch vom 20. März 1918.

¹⁵ Brief an seine Frau, Kiev 20. Oktober 1918.

¹⁶ Vgl. etwa das Tagebuch vom 26. März 1918. — Ferner demnächst ausführlich dazu Winfried Baumgart: Das „Kaspi-Unternehmen“ — Größenwahn Ludendorffs oder Routineplanung des deutschen Generalstabs? Ein kritischer Rückblick auf die deutsche militärische Intervention im Kaukasus 1918 [erscheint voraussichtlich Anfang 1970 in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas].

Bedürfnissen des Krieges begründet. Das Grundmotiv von Groeners Anschauungen über die deutsche Ukrainepolitik bleibt das oben angeschlagene. Es zeugt von seiner realistischen Einschätzung, daß er Pläne wie die Gründung eines unabhängigen Staates Krim-Taurien oder des sog. „Südostbundes“ der Kosakenvölker, Pläne, die im Kopfe eines Ludendorff oder eines Lindequist spukten, mit einem großen Fragezeichen versah und sie im Grunde für maßlos hielt:

„Vor einem Übergreifen mit unseren Operationen auf das Kosakengebiet möchte ich dringend warnen.“¹⁷

Und:

„Ob diese maßlose Expansionspolitik unserer obersten Heeresleitung von Glück für Deutschland sein wird?“¹⁸

Solche Aussagen dürfen als Groeners feststehende Überzeugung gewertet werden. Darin steht er übrigens der Vorstellungswelt des Auswärtigen Amtes — dem Widersacher der OHL in der Ostpolitik des Jahres 1918 — näher als der der militärischen Führung, auch wenn er im Zusammenhang mit seinem eigentlichen Tätigkeitsbereich, der Ukrainepolitik, die Wilhelmstraße einen „Verein für Leisetreter“¹⁹ oder ein „Kollegium von Schwachköpfen und Angsthubern“²⁰ nennt. Im engeren Rahmen der Ukrainepolitik allerdings geriet Groener sehr rasch in Gegensatz zum Auswärtigen Amt. Als faktischer Leiter des Oberkommandos in Kiev saß er in den ständigen Auseinandersetzungen mit der Berliner Behörde fast stets am längeren Hebel. Das zeigte sich in eklatanter Weise in seinen Beziehungen zur ukrainischen Zentralrada.

4. Groeners Verhältnis zur Zentralrada

Das Verhältnis zwischen den deutschen Militärbehörden und der sozialistischen Regierung stand von vornherein unter einem ungünstigen Stern²¹. Beide Parteien waren die gegenseitige Bindung aus rein tagespolitischen Zweckmäßigkeitsgründen angesichts einer gefährlichen Notlage, in der sich jede von ihnen befand, eingegangen. Die Rada hatte die Deutschen nicht um der Liebe zu den Deutschen willen ins Land gerufen, sondern um sich mit ihrer Hilfe von den Bolschewisten zu befreien. Die Deutschen gingen einen Vertrag mit den ukrainischen Sozialisten — vom Schlage der USPD oder der Spartakisten, die sie im eigenen Lande mit allen Mitteln unterdrückten — ein, weil sie der einzige Partner schienen, der ihnen zu Getreide und Schweinen zu verhelfen versprach. In unserem Zusammenhang interessiert nur die Frage, wie Groener über diese unglückliche Ehe dachte.

Das Urteil ist niederschmetternd. Es war im Grunde bereits festgelegt, bevor Groener überhaupt in der Ukraine eintraf. Seine Erkundigungen in Berlin faßte er

¹⁷ Tagebuch vom 7. März 1918.

¹⁸ Tagebuch vom 26. März 1918.

¹⁹ Brief an seine Frau, Kiev 27. April 1918.

²⁰ Brief an seine Frau, Kiev 23. Mai 1918.

²¹ Vgl. auch Deutsch-Ukrainische Gesellschaft (Festschrift). Hrsg. von der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft. München 1963, S. 21—24.

am 1. März dahin zusammen, daß die Regierung der Rada vorläufig noch ein Nebelfleck am Firmament sei:

„Wer, wo, was, wie dieser Regierung ist noch Niemandem recht klar, nur das eine scheint klar, daß *wir* diese Regierung erst regierungsfähig machen müssen durch unsere Autorität und Macht, dabei aber die Fiktion aufrecht zu erhalten haben, als ob die ukrainische Rada der Macher sei.“

Diesen Eindruck fand Groener bestätigt, sobald er die Verhältnisse in eigenen Augenschein genommen hatte. Das Wort:

„Wo wir nicht mit unseren Bajonetten hinreichen, ist keine Macht dieser künstlich gezüchteten Regierung.“²²

kommt in seinen Aufzeichnungen vom März und April in mannigfaltigen Variationen vor. Oft faßte er sein Urteil in den kurzen Ausruf: „Chaos“, „Tollhaus“ oder in lyrischer Abwandlung in „Offenbätsche Operette“ zusammen. Die Empörung über den Partner beruhte im übrigen auf Gegenseitigkeit. Groener ist ehrlich genug, seine eigene Empfindung auch bei den ukrainischen Ministern voranzusetzen:

„Sie wünschten uns zum Teufel, wenn sie nicht fürchteten, daß alsdann ihre Macht wie ein Kartenhaus zusammenbrechen würde.“²³

Den ukrainischen Regierungsmitgliedern bescheinigte Groener wiederholt persönliche Unfähigkeit und bedachte sie mit wenig schmeichelhaften Ausdrücken wie „Debattierklub“ oder „Konventikel von unreifen Studenten und sonstigen jugendlichen Phantasten und üblen Elementen“²⁴. Und den Stab über die Rada brach er mit folgenden Worten von Anfang Mai²⁵:

„Die bisherige Regierung der Ukraine war in ihrer zerstörenden Wirkung schlimmer als die Bolschewisten.“

Aus solchen Urteilen, die nicht als im privaten Briefverkehr gefallene Kraftausdrücke eines empörten Soldaten abzutun sind, geht hervor, daß Groener früher oder später die Rada zu beseitigen beabsichtigte. Über den Zeitpunkt des von ihm gewollten — nicht systematisch geplanten! — Sturzes läßt sich aus seinen Aufzeichnungen letzte Klarheit allerdings nicht gewinnen. Deshalb muß an der mancherorts bestrittenen²⁶ These von der Improvisation des am 30. April erfolgten Staatsstreiches, der den Het'man Skoropads'kyj ans Ruder brachte, auf Grund der Groener-Papiere im wesentlichen festgehalten werden. Der *Wille* zum Sturz läßt sich vielfach belegen

²² Brief an Oldershausen, Kiev 19. März 1918.

²³ Tagebuch vom 19. März 1918.

²⁴ Brief an seine Frau, Kiev 19./20. April 1918.

²⁵ Brief an seine Frau, Kiev 4. Mai 1918.

²⁶ Vgl. zuletzt etwa [Stefan Horak]: Die Geschichte der Ukraine und die deutsche Ostforschung. In: *Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart* 15 (1968) S. 67. Horak stellt dort des Verfassers und Beyers Forschungsergebnisse in zu starken Gegensatz zueinander.

(„Solche Jüngelchen von ihren Ministerstühlchen zu werfen, dazu gehört nur eine kräftige Ohrfeige“²⁷),

die Initiative aber kann ihm und dem deutschen Oberkommando keinesfalls allein zugesprochen werden. Wohl hatte Groener in der zweiten Aprilhälfte auf Grund seiner Vorstellungen von Ludendorff freie Hand zum Vorgehen gegen die Rada erhalten²⁸. Doch hatte er zuvor zwei Schwierigkeiten zu beseitigen: einmal den Widerstand des Auswärtigen Amtes in Berlin, zum andern den Mangel an geeignet erscheinenden Nachfolgern der Rada. Über die erstere mochte er sich mit Hilfe von Ludendorffs starkem Arm hinwegsetzen. Die zweite konnte er aus eigener Kraft nicht beheben:

„Ich suche geradezu mit der Laterne regierungsfähige Persönlichkeiten und finde keine“,

so schrieb er am 13. April. Es darf deshalb angenommen werden, daß die — im übrigen schlecht dokumentierte — Fühlungnahme mit dem Kreis um Skoropads'kyj zum Teil von diesem ausgegangen ist, und es dürfte der historischen Wahrheit am nächsten kommen, wenn man auf beiden Seiten den Wunsch und den Willen zum Übereinkommen voraussetzt.

5. Groener und Skoropads'kyj

Obwohl sich die Forschung, zumindest im Westen, darüber einig ist, daß die Ära Skoropads'kyj eine Zeit der relativen Ruhe und Ordnung war, die ein wirksames Zusammenarbeiten zwischen den ukrainischen Behörden und der deutschen Besatzungsmacht gewährleistete, war sich Groener — allein von der Person des Het'man und seiner Regierungsmitglieder her gesehen — des provisorischen Charakters auch des neuen Regimes bewußt. Er anerkannte bei Skoropads'kyj das redliche Bemühen, zu seinem Teil beizutragen, um der neuen Regierung in der verwirrten inneren Lage die Wege zu bahnen und dabei rückhaltlos auf den deutschen Rat zu hören, doch hielt er ihn nicht für den starken Mann, der die Schwierigkeiten allmählich allein meistern könnte²⁹. Zudem beklagte Groener ehrlich, daß es ihm nicht gelungen war, Vertreter der ukrainischen sozialistischen Parteien zur Mitarbeit in der neuen Regierung zu bewegen. Der Kurs der Het'manschen Politik hätte eigentlich nach links gehen sollen, für die praktische Arbeit hatten aber nur mehr rechtsstehende Männer, d. h. aus dem Lager der großrussisch gesinnten, dem ukrainischen Unabhängigkeitsgedanken feindlichen Parteien, vor allem also der Kadetten, gefunden werden können. Der Regierung war von vornherein dieser zwiespältige Charakter aufgeprägt, der für die tägliche Regierungsarbeit ein enormes Hemmnis darstellen und besonders die Durchführung der ent-

²⁷ Brief an seine Frau, Kiev 4. Mai 1918.

²⁸ Vgl. *Wilhelm Groener: Lebenserinnerungen. Jugend — Generalstab — Weltkrieg.* Hrsg. von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen (= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 41) Göttingen 1957, S. 398. — *Winfried Baumgart: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges.* Wien/München 1966, S. 127.

²⁹ Vgl. etwa seinen Bericht an die OHL vom 18. Mai 1918.

scheidenden Aufgabe, die Verwirklichung der staatlichen Unabhängigkeit, in Frage stellen mußte.

In einem am 5. Juni verfaßten Bericht an die OHL hat Groener seiner Enttäuschung über den Mißerfolg seiner Bemühungen um Beteiligung der ukrainischen Sozialisten an der Regierungspolitik kräftig Luft gemacht und zugleich die seiner Meinung nach zu befolgende Richtschnur der künftigen deutschen Ukrainepolitik in aller Deutlichkeit klargelegt. Er habe, so schrieb er, den vier ukrainischen Parteien der Sozialrevolutionäre, der Sozialdemokraten, der Sozialföderalisten und der Samostijniks durch den Het'man vier Ministerposten freigehalten, um ihre Mitarbeit im Ministerium zu sichern. Die etwas bescheidene Zahl der Ministerposten hatte er wohl absichtlich so niedrig veranschlagt, weil sie es ja schließlich gewesen waren, die in der Rada nach Groeners Meinung ihre Arbeitsunfähigkeit bewiesen hatten. Da die vier Parteien in den Unterhandlungen mit Skoropads'kyj und Groener Anfang Mai aber weit mehr Ministersessel verlangt und der Sozialdemokrat Skoropys-Joltuchovs'kyj törichterweise gar die Entfernung der Österreicher aus dem Lande als Voraussetzung für die Mitarbeit gefordert hatten, war es zu keiner Einigung gekommen.

Nachdem Groener in dem Bericht ein ungünstiges Bild von dem bekannten ukrainischen Historiker Dorošenko, der seinerzeit Verweser des Außenministeriums war, entworfen hatte, resümierte er:

„Es ist ganz falsch, wenn man glaubt, daß die Leute, die hinter Skoropys [...] stehen, die Fähigkeiten hätten, ein so großes Reich wie die Ukraine zu regieren. Das sind alles kleine Leute, vollgepfropft mit politischen Ideen, aber ohne jegliche Fähigkeit zur praktischen Arbeit.“

Intelligenz und Fähigkeiten finde man nur in den Kreisen, die bisher ganz Rußland als ihr Vaterland angesehen hätten:

„Dies den Leuten zu verübeln und sie deshalb nicht zur Arbeit heranzuziehen, würde zur weiteren Folge haben, daß entweder die Regierungsmaschine ganz aufhören würde oder wir Tausende von deutschen Beamten ins Land holen und es völlig okkupieren müßten.“

Und zum Schluß steht dann Groeners Regierungsrezept für die Ukraine, das im übrigen die ganze Fragwürdigkeit des deutschen Engagements in der Ukraine bloßlegt:

„Nur durch strammste Machtpolitik in Gestalt jahrelanger Besetzung der Ukraine durch deutsche Truppen und Investierung großer Kapitalien für staatliche Zwecke, für Eisenbahnen, für Industrie und Handel wird es möglich sein, einen einigermaßen dauerhaften ukrainischen Staat zu bilden.“³⁰

6. Groener und Paul Rohrbach

In demselben Bericht bezieht Groener auch entschiedene Stellung gegen den deutschen Publizisten Paul Rohrbach, der ja vor 50 Jahren der Mitbegründer der

³⁰ Vgl. dazu *Gerhard Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Bd. 4: Die Herrschaft des deutschen Militarismus und die Katastrophe von 1918. München 1968, S. 344.*

Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft war. Rohrbach, notorischer Freund des „ukrainischen Gedankens“, hatte sich im April und Mai auf Ersuchen Mumms und Veranlassung des deutschen Auswärtigen Amtes für einige Wochen in der Ukraine aufgehalten und dem Auswärtigen Amt über seine Eindrücke Bericht erstattet. Nicht um dem Andenken des Vaters der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft Abbruch zu tun, sondern um der historischen Wahrheit willen seien aus diesem Bericht zwei Stellen zitiert, die in seiner publizistischen Produktion aus dem Jahre 1918 in ähnlicher Formulierung oder sinngemäß wahrscheinlich sonst nirgends zu finden sind. In dem über 20 Seiten langen für Botschafter Mumm bestimmten Bericht vom 13. Mai — eine Abschrift liegt heute im Politischen Archiv in Bonn³¹ — steht der Satz:

„Eine große Schwierigkeit für unsere Politik gegenüber der Ukraine liegt darin, daß die national-ukrainischen Verhältnisse unfertig sind.“

Und in einem zehn Tage später in Berlin fürs Auswärtige Amt verfaßten „Bericht über die Lage in der Ukraine“³² schreibt er von dem „erst halbfertigen, gärenden, vielfach unreifen und unmanierlichen, von unten heraufdrängenden Ukrainertum“ und der „oberen Gesellschaft“, zu der auch der Het'man gehöre, als von zwei Welten, die sich bisher so gut wie gar nicht gekannt hätten. Danach folgt allerdings ein Satz, wie man ihn sonst von Rohrbach zu hören gewohnt ist:

„Es ist aber ausgeschlossen, daß der Gedanke der politischen Selbständigkeit des ukrainischen Volkes eines Tages verschwinden könnte.“

Groener ist nun mit dieser zuletzt geäußerten Auffassung ganz und gar nicht einverstanden. Die Behauptung Rohrachs, schreibt er in seinem Bericht an die OHL, daß auf dem Lande die ukrainische Staatsidee großen Anhang habe, sei nicht erwiesen. Die Masse der Bauern wisse von der Idee überhaupt nichts, die besitzenden Bauern seien eben Russen, und die landlosen Bauern wollten Land haben, gleichgültig von wem sie es bekämen. Rohrbach schiebe in seinen Erwägungen die tatsächlich vorhandenen allgemeinen russisch-nationalen Stimmungen, besonders aber die wirtschaftlichen Faktoren gänzlich beiseite und baue sich in der Retorte ein Staatsgebilde ohne Fleisch und Blut. Ein Staat der Gegenwart und Zukunft könne aus sich heraus nur entstehen und lebensfähig bleiben entweder durch stärkste nationale Faktoren oder durch überwältigenden wirtschaftlichen Zwang.

„Ein national-ukrainisches Volk gibt es nicht“,

fährt Groener fort,

„darüber ist niemand im Zweifel, der nicht durch die Brille Herrn Rohrachs sieht — und wirtschaftlich ist und bleibt die Ukraine ein Teil des bisherigen großen russischen Reiches.“

³¹ Ukraine 1 Band 12.

³² Politisches Archiv Bonn, Ukraine 1 Band 12.

7. Groeners Urteil über die ukrainische Idee

Dies apodiktische Urteil — es sei hier nur am Rande vermerkt, daß er damit auch die entscheidenden politischen und militärischen Instanzen in Deutschland überzeugen konnte — läßt sich in derselben Schärfe an zahlreichen Stellen seiner Aufzeichnungen entdecken. Nur einmal scheint sich ein Widerspruch aufzutun. In dem schon erwähnten³³ Vortrag vor Aufklärungsoffizieren behandelte er das Problem der Unabhängigkeit der Ukraine mit folgenden Worten:

„Wir haben uns entschlossen, mal auf die Karte einer selbständigen Ukraine zu setzen durch den Brester Frieden. Staaten bilden, Staaten gründen ist außerordentlich schwierig und besonders schwierig in unserer Situation, wo die Bildung einer selbständigen Ukraine nichts anderes bedeutet, als das fetteste Stück, ich will mal sagen, die Lende des russischen Bären aus dem Körper zu schneiden. Sie werden mir einwerfen: an dieser Operation stirbt doch das Tier. Nun, wenn das Tier daran sterben sollte, was wir augenblicklich nicht übersehen können — im übrigen hinkt ja jeder Vergleich —, gut, mag es eingehen. Vielleicht übersteht es die Operation, und wie die Sache sich dann weiter hier gestalten wird, das kann im Augenblick niemand vorhersagen.“

In diesem Zusammenhang spricht er weiter davon, daß es Deutschlands Aufgabe in der Ukraine sei, diesen Staat, *der eine gewisse historische Berechtigung habe*, bündnisfähig zu machen. Groener läßt aber keinen Zweifel daran, daß der ukrainische Staat das augenblicklich nicht sei, da er weder wirtschaftliche noch militärische Kraft besitze.

Also nur scheinbar fällt diese Bemerkung aus dem vorher skizzierten Rahmen heraus. Es ist zu bedenken, daß er diese Worte vor Aufklärungsoffizieren sprach, die wieder zu ihren Truppenteilen zurückgingen und denen er kaum das Gegenteil von der amtlichen und momentan praktizierten deutschen Ukrainepolitik klarlegen konnte. In seinen privaten Aufzeichnungen — Tagebuch und Briefen — ist das Urteil stets unzweideutig und unmißverständlich. Dort spricht er von der Unabhängigkeit der Ukraine als einem „wirtschaftlichen Unsinn“³⁴ und politisch zweifelhaften Experiment. Er vermag sein Urteil auch durch mancherlei Beobachtungen zu begründen. Die Frage, welche Anhängerschaft die ukrainische Staatsidee in der Bevölkerung eigentlich habe, beantwortet er in einem Bericht an die OHL vom 18. Mai folgendermaßen: Vorweg bemerkt er, daß die ukrainische Sprache im Lande nur als Bauernplatt gesprochen, von der städtischen Bevölkerung, besonders von den Gebildeten im allgemeinen nicht verstanden werde. Von der ukrainischen Staatsidee wollten grundsätzlich nichts wissen die Monarchisten und Gutsbesitzer, die Industriellen und die Masse der Intelligenz. Für die ukrainische Staatsidee seien ein kleiner Teil der Intelligenz, besonders der an den österreichischen Hochschulen gebildete, ferner die Sozialrevolutionäre, deren Führer zum großen Teil aus ruthenischen Kreisen stammten. Die Chauvinisten der ukrainischen Staatsidee seien die Samostijniks, deren Anhang in den kleinbürgerlichen Kreisen zu suchen, jedoch nicht groß sei. Die verschiedenen sozialistischen Parteien teilten sich nach zwei Richtungen, von denen die eine der ukrainischen

³³ Vgl. oben S. 329.

³⁴ Vgl. etwa Brief an seine Frau, Kiev 6. Mai 1918, oder Brief an seine Frau, Kiev 8. Mai 1918.

Staatsidee zwar folge, aber vielleicht weniger aus innerer Überzeugung als in der Hoffnung, durch Anlehnung an die österreichische Sozialdemokratie ihre sozialistischen Absichten besser zu erreichen als durch Hinneigung zu Großrußland, wo man eine Wiederkehr zaristischer Zustände besorge. Von entscheidender Bedeutung sei, welche Haltung die Masse der Bauernschaft zur ukrainischen Staatsidee einnehmen werde. Es sei wenig wahrscheinlich, daß die Bauernschaft sich über diese Frage überhaupt schon klar geworden sei. Nur die bisher besitzlosen Bauern, denen durch die sozialrevolutionäre Regierung das Land und das Vermögen der Gutsbesitzer zur Teilung als Beute hingeworfen würden, seien für den neuen Staat aus diesem Grunde und deshalb, weil die Gutsbesitzer sich gegen ihn stellten. Ob ferner den ukrainischen Chauvinisten die Trennung der ukrainischen orthodoxen Kirche von Moskau — was der ukrainischen Staatsidee eine gewaltige Stütze verliehen hätte — gelingen würde, sei sehr zweifelhaft.

Aus diesen und weiteren Beobachtungen über die wirtschaftlichen, finanziellen und verkehrstechnischen Probleme zieht Groener folgenden Schluß:

„Soll der ukrainische Staat unter völliger Lösung von Großrußland gegründet und auf die Dauer erhalten werden, so ist dies nur durch dauernde Anwendung der militärischen und wirtschaftlichen *Machtmittel* Deutschlands möglich. [...] Rechnen wir aber mit der Möglichkeit eines späteren politischen Wiederezusammengehens mit einem monarchischen Großrußland im alten Bismarckschen Sinne, so würden auch die Folgerungen für unser Verhalten in der Ukraine zu ziehen sein. Denn nach geographischen, historischen, nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Trieben wird die Ukraine, wenn unsere Truppen heute oder morgen das Land verlassen, an die Brüste von ‚Mütterchen Moskau‘ zurücksinken.“

8. Die Schwäche der Monarchisten

Das Stichwort vom monarchischen Großrußland läßt es geeignet erscheinen, Groeners Beurteilung der Monarchisten als Faktor des Kräftespiels im Rußland des Jahres 1918 kennenzulernen. Aus seinen Aufzeichnungen sind leider keine wesentlich neuen Einzelheiten über die Beziehungen zwischen dem deutschen Oberkommando und Vertretern monarchistischer Kreise zu entnehmen. Immerhin läßt sich feststellen, daß Groener persönlich den Plänen der Donkosaken, besonders des Fürsten Georg von Leuchtenberg, der eine Wiedererrichtung eines monarchischen Rußland auf föderativer Grundlage — wobei der Ukraine weitgehende staatliche Autonomie zukommen sollte —, wohlwollend gegenüberstand, während er die Absichten des Kalmückenfürsten Tundutov (Zusammenfassung aller Kosakenvölker in einem „Südostbund“ zur Befreiung Rußlands vom Bolschewismus) für phantastisch und abenteuerlich hielt. Er konnte es nicht verstehen, daß Tundutov im Großen Hauptquartier von Hindenburg und dem Kaiser überhaupt empfangen worden sei. Er selbst hatte nach der Unterredung mit dem durch Kiev durchreisenden Fürsten das unwiderstehliche Bedürfnis, sich erst einmal die Hände zu waschen³⁵.

³⁵ Tagebuch vom 13. Juni 1918. — Brief an seine Frau, Kiev 14. Juni 1918.

Aufs ganze gesehen veranschlagte Groener — im Gegensatz etwa zu den damals in Moskau befindlichen deutschen Offizieren, den Majoren Bothmer, Henning und Schubert — die Befähigung der monarchistischen Kreise zur Wiedererrichtung der Monarchie in Rußland sehr gering. Im Juli schrieb er einmal dem württembergischen Kriegsminister³⁶, daß der Bolschewismus als staatenbildender Faktor zwar vollkommen abgewirtschaftet habe, die deutsche Politik zunächst aber noch — ganz im Sinne der Rußlandpolitik des Auswärtigen Amtes übrigens! — mit Hilfe der bolschewistischen Machthaber so lange Zeit gewinnen müsse, bis die großenteils — wie er meinte — deutschfreundliche monarchistische Bewegung stark genug geworden sei, um wieder regierungsfähig zu werden. Zur Zeit — Sommer 1918 — sei dies noch nicht der Fall. Die Masse der Bauernschaft in der Ukraine hielt Groener für stark revolutionär gesinnt. Aus der Agrarfrage würde für eine zukünftige Monarchie von vornherein ein sehr schwerer Konflikt entstehen. Auf der einen Seite drängten die Bauern und wollten Land haben, auf der anderen hinderten die Großgrundbesitzer und deren Anhang, auf die sich die monarchistische Bewegung ebenfalls zu stützen hätte, jede großzügige Reform. Die Wiedereinführung der Monarchie aus eigener Kraft erachtete Groener für nicht möglich. Sie müßte von Deutschland oder von der Entente ganz unmittelbar durch Truppen gestützt werden — was die amtliche deutsche Ostpolitik damals aber gerade zu vermeiden suchte.

9. Groener und die Liquidation des Ukraine-Unternehmens

Schon seit dem Sommer 1918 hatte sich Groener Gedanken darüber gemacht³⁷, wie sich Deutschland aus der Ukraine wieder herausziehen könnte für den Fall, daß es durch das Ende des Krieges vor eine unhaltbare Lage gestellt würde. Solange die wenn auch militärisch wenig brauchbare Truppe fest in der Hand der Führung blieb, war von den großenteils bolschewistisch inspirierten Unruhen im Lande, über die jetzt reichlich Quellenmaterial von sowjetrussischer Seite vorliegt, wenig zu besorgen. Anders lag es, wenn die Truppe nicht mehr hielt und nach Hause drängte. Ein Mittel zur Beruhigung der Leidenschaften im Lande sah Groener in der Ukrainisierung von Regierung und Verwaltung, auf die besonders immer wieder von Berlin hingewiesen wurde. Skoropads'kyj hat sich solchen Wünschen nicht verschlossen, er war aber gegenüber seinen großbäuerlichen Anhängern zu schwach, obwohl Groener ihm zuredete, er könne alles wagen, solange die Deutschen im Lande seien.

Daß der Het'man im Sommer 1918 großrussische Tendenzen hegte, glaubte Groener weder damals noch später, da er überzeugt war, daß Skoropads'kyj ehrlich eine selbständige Ukraine habe schaffen wollen. Natürlich hatte er aus besonde-

³⁶ Wiedergabe des Briefes bei *Baumgart*: Deutsche Ostpolitik S. 390—392. Vgl. auch den Brief an seine Frau vom 10. Juli 1918.

³⁷ Vgl. dazu den Brief (Durchschlag) Groeners an die kriegsgeschichtliche Abteilung des Reichsarchivs, Bornstedt 17. März 1935, im Nachlaß Groeners, Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg i. Br., N 46/59 Blatt 245—248.

rem Anlaß, z. B. um die alten Offiziere der russischen Armee für sich zu gewinnen, gelegentlich auch die großrussische Flagge gezeigt.

In der ersten Oktoberhälfte verstärkte Groener seine Bemühungen, eine national-ukrainische Regierung ans Ruder zu bringen, und verhandelte zu diesem Zweck einerseits mit dem Het'man, andererseits mit dem Präsidenten des ukrainischen Nationalbundes Vynnyčenko, den Groener übrigens sehr schätzte³⁸. Der Streit ging dann wie üblich um die Zahl der Ministersitze. Vynnyčenko verlangte die Mehrheit im Kabinett für die ukrainischen Parteien. Es dauerte viel zu lange, bis endlich am 18. Oktober die Regierung Lyzohub demissionierte.

Wäre Groener am 26. Oktober 1918 nicht als Nachfolger Ludendorffs nach Deutschland berufen worden, hätte er wahrscheinlich eine Regierung Vynnyčenko zustande gebracht und gewissermaßen ein Triumvirat Skoropads'kyi — Vynnyčenko — Groener gebildet. Das wäre den ukrainischen Unabhängigkeitsbestrebungen sicherlich förderlicher gewesen als die dann tatsächlich eingetretene Entwicklung. Nachdem Groener Kiev verlassen hatte, war Skoropads'kyj ohne festen Halt und leicht geneigt, den Einflüsterungen einzelner Persönlichkeiten in seiner Umgebung nachzugeben und ins Ententelager abzuschwenken, weil er glaubte, dadurch seine Stellung retten zu können.

Es ließe sich noch mancherlei über Groeners Aufzeichnungen sagen: über das gespannte Verhältnis zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Besatzungsmacht, über die nicht minder gespannten Beziehungen zwischen der deutschen militärischen und politischen Leitung hinsichtlich der Ukrainepolitik, über Groeners Beurteilung des Bolschewismus, über seine Einschätzung Ludendorffs usw. Diese Gesichtspunkte können in unserem Rahmen aber nicht beleuchtet werden. Zum Teil ist das bereits an anderer Stelle geschehen³⁹.

10. Zusammenfassung

Die bisherigen Ausführungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Aus den Aufzeichnungen Groeners aus dem Jahr 1918 über seine militärische, politische und wirtschaftsorganisatorische Tätigkeit in der Ukraine geht hervor, daß der General dem von Ludendorff inszenierten Ukraine-Unternehmen kritisch gegenüberstand. Er hielt das deutsche Engagement in der Ukraine sowohl vom Ansatz her wie in der praktischen Durchführung für problematisch und wenig erfolgversprechend. Den Gedanken der ukrainischen Unabhängigkeit erkannte er als nur durch Anwendung deutscher Machtmittel realisierbar. Die Besetzung der Ukraine war in seinen Augen eine in der äußersten Notlage Deutschlands getroffene und nur daher zu rechtfertigende Kriegsmaßnahme. Für die von Rohrbach

³⁸ Vgl. den Bericht an die OHL, Kiev 5. Juni 1918. — Brief an seine Frau, Kiev 20. Oktober 1918.

³⁹ Baumgart: Deutsche Ostpolitik S. 117—136. Ferner die Einleitung zur Edition der Groener-Aufzeichnungen (vgl. oben Anm. 5). — Zur deutschen Wirtschaftspolitik in der Ukraine vgl. die noch ungedruckte Dissertation von Peter Borowsky: Die deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen. Hamburg 1968.

propagierte Politik der Zerstückelung Rußlands hatte er weder in bezug auf eine selbständige Ukraine noch hinsichtlich der Schaffung von Landverbindungen von Deutschland ans Schwarze Meer bzw. nach Kleinasien und dem Kaukasus (Berlin—Bagdad!) etwas übrig. Seine langjährige Beschäftigung mit kriegstechnischen und wirtschaftsorganisatorischen Problemen hatten ihm die Einsicht eröffnet, daß der einzige moderne Verkehrsweg großen Stils für Massenaustausch das freie Weltmeer sei⁴⁰.

Die für das weiträumige Ausgreifen in Südrußland eingesetzten militärischen Mittel bezeichnete Groener wiederholt als zu schwach, um das gesetzte Ziel (Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Lande, Nutzbarmachung ukrainischer Lebensmittelvorräte für Deutschland) zu erreichen. Deshalb warnte er von Anfang an, die Ukraine als Fettopf anzusehen, in den man nur den Finger zu stecken brauche, um daran zu lecken.

Persönlich empfand Groener die ihm in der Ukraine übertragene Aufgabe als schwierig und undankbar. In seinen Aufzeichnungen tauchen verschiedentlich Wendungen auf wie: er wolle mit dem „Schwindel“ oder „Kram“ nichts zu tun haben und verspüre Lust, das ukrainische „Tollhaus“ zu verlassen, aufs Land zu gehen und Kohl zu bauen.

Die Rada-Regierung wollte er nur als Deckmantel für die deutschen Interessen benutzen. Sobald er sah, daß sie wegen ihrer sozialistischen Ideen, ihrer Deutschfeindlichkeit und des Mangels an leistungsfähigem Staats- und Verwaltungsapparat zur Zusammenarbeit nicht fähig war, reichte er dem Kosakengeneral Skoropads'kyj die Hand zum Regierungssturz. Auch fernerhin betätigte er sich als Drahtzieher — er bezeichnet sich selbst einmal als „Regent“ hinter den Kulissen⁴¹.

Im deutschen Oberkommando war er faktisch der führende Kopf. Den greisen Feldmarschall Eichhorn, übrigens einen geistig sehr hochstehenden Offizier, schickte er auf Besichtigungsfahrt an die russische Riviera, auf Dampferfahrt den Dnepr hinauf oder zum Böckeschießen ins Cholmer Land.

Groeners Anschauungen über die deutsche Besetzung der Ukraine lassen sich ziemlich widerspruchsfrei aus den überlieferten Quellen herauschälen. Es ist deshalb gut, sich auf ihn als Kronzeugen in stärkerem Maße zu berufen, nachdem die Quellen nun veröffentlicht werden, als das bisher geschehen ist. Groener hat den Brester Frieden einmal in Abwandlung des Clausewitzschen Wortes vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln als die Fortsetzung des Krieges mit denselben Mitteln charakterisiert⁴². Wenn wir dem zustimmen, werden wir dem Zweck des deutschen Ukraine-Unternehmens eher gerecht, als wenn wir nach marxistischer Sprachregelung von einem deutschen „Raubzug“ im Osten sprächen oder es als Zwischenstufe in dem lange vorher geplanten Ausbau der deutschen Ostraumstellung und damit als Beweis für die angeblich seit Kriegsbeginn und über den Krieg hinaus geltende Kontinuität der deutschen Kriegszielpolitik ansehen. Demgegenüber sollten wir aber auch auf Grund der Groener-Aufzeichnungen

⁴⁰ Vgl. Brief an seine Frau, Kiev 27. März 1918.

⁴¹ Brief an seine Frau, Kiev 28. Mai 1918.

⁴² Brief an seine Frau, Kiev 11. Juni 1918.

das deutsche Auftreten in der Ukraine 1918 unverbrämt als deutsche Okkupation kennzeichnen und weniger als Versuch — im Rohrbachschen Sinne — einer dauerhaften friedlichen Zusammenarbeit auf kulturellem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet zwischen Deutschland und der Ukraine ansehen.